

WIR KÄMPFEN WEITER. #SCHWUSOS_NRW

NEWSLETTER SchwusosNRW

April 2/2014

SPD- Landtagsfraktion stellt eine Homepage für Jugendliche online



© NRW SPD

Zeitgleich mit dem Girlsday der im Landtag NRW stattfand, ging auch die Homepage für Jugendliche der SPD- Landtagsfraktion online. Auf dieser Seite soll die Politik der Landtagsfraktion jugendgerecht aufbereitet und unter anderem das Thema Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Intersexuelle den Jugendlichen nahe gebracht und erklärt werden.

Die Gewissheit "schwul zu sein" oder „lesbisch zu sein“ ist heute mit dem gleichen Ausmaß an Unsicherheit und Furcht verbunden wie vor 30 Jahren. In Deutschland leben etwa 1,2 Millionen Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle Jugendliche, über die nur selten berichtet wird, über deren Probleme und Nöte die wenigsten Menschen informiert sind und die von vielen Menschen verleugnet, belächelt, offen diskriminiert oder schlicht totgeschwiegen werden.

Leider nicht selten werden Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Intersexuelle Jugendliche sogar von ihren eigenen Eltern, Geschwistern, MitschülerInnen oder LehrerInnen nicht verstanden. Solche Erfahrungen gehen an den Jugendlichen oft nicht spurlos vorbei und sie geraten vor und während ihres Coming outs in eine tiefe Lebenskrise.

Jede und jeder LSBTI Jugendliche hat solche Momente im Leben und es ist gut, wenn es dann Menschen gibt, die zuhören und das Problem auf den Punkt bringen können. So gibt es die Fachberatungsstelle "gerne anders NRW" aus Mülheim die sexuelle Orientierung und den Abbau von Homophobie zum Thema der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen machen. Sie unterstützt Jugendeinrichtungen, Fachkräfte und Träger. Für Jugendliche gibt es Jugendeinrichtungen für LSBTI wie z.B. das anyway in Köln und together in Mülheim.

Ina Spanier- Oppermann, queerpolitische Sprecherin und stellv. Landesvorsitzende und Fachsprecher für Bildung, Kinder, Jugend, Migration und Familie, Fabian Spies der SchwusosNRW sagten hierzu: „Wir begrüßen diese Homepage für Jugendliche und freuen uns sehr darüber dass die SPD Landtagsfraktion klar macht, das uns das Thema LSBTTI wichtig ist und wir bei der Aufklärung bei der Jugend anfangen müssen und helfen müssen. Ohne die Mitarbeit der etablierten Strukturen der Jugendarbeit in den Städten und Gemeinden kann es nicht gelingen, flächendeckend in NRW Angebote für junge Lesben und Schwule zu schaffen und Homophobie in der Jugendarbeit abzubauen. Die Träger der Jugendarbeit sind in der Pflicht, sich mit der Zielgruppe auseinanderzusetzen“.



<http://www.machen-wir.de>



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir senden Euch unseren zweiten Schwusos NRW Newsletter, mit interessanten Informationen vom Landesvorstand der SchwusosNRW von den Schwusos Gruppen aus Aachen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Mülheim an der Ruhr, Münster und Siegen sowie aus dem Landtag NRW und vielen Veranstaltungshinweisen.

Wenn Ihr Termine oder Nachrichten für den Newsletter der SchwusosNRW habt: ALLE INFORMATIONEN MÜSSEN BITTE IMMER DEN LETZTEN DONNERSTAG DES MONATS BIS 12 UHR AN fabian.spies@schwusos-koeln.de geschickt werden. Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Anregungen.

Herzliche Grüße

Vorstand
SchwusosNRW

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (SchwusosNRW) in der NRW SPD
Kavalleriestr. 16 | 40213 Düsseldorf | Internet: www.nrwschwusos.de

Redaktion/Layout:

Fabian Spies | Mail: fabian.spies@schwusos-koeln.de

Landtag forderte Aufarbeitung der ungerechten Verurteilungen von Homosexuellen



© NRW SPD

Der Landtag hat in seiner Plenarsitzung am 26.03.2014 beschlossen, sich für eine bundesweite Aufarbeitung der Verfolgung von Homosexuellen nach 1945 einzusetzen. In seiner Rede zum Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläuterte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, warum es wichtig sei, dieses dunkle Kapitel der Rechtsgeschichte in der Bundesrepublik aufzuarbeiten. Dabei gehe es nicht nur um die strafrechtlichen Folgen, sondern auch um die vielen weiteren Diskriminierungen, denen sich Homosexuelle ausgesetzt sahen.

Hier die Rede im Wortlaut:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor 20 Jahren wurde endlich ein Schlussstrich unter eine jahrzehntelange Verfolgung homosexueller Menschen in unserem Land gezogen. § 175 Strafgesetzbuch wurde abgeschafft, ein Paragraf, in dessen Namen Rechtsprechung erfolgte, die zu Verhaftungen, Gefängnis, öffentlicher Brandmarkung und Verlust von Arbeitsplätzen führte. Die Abschaffung konnte aber die leidvollen Schicksale der Betroffenen nicht ungeschehen machen.

Darum ist es ein sehr wichtiges Zeichen, wenn sich der nordrhein-westfälische Landtag diesem unrühmlichen Kapitel unserer Rechtsgeschichte in der heutigen Debatte widmet. Es gilt, eine Wiederholung dieses Unrechts in Gegenwart und Zukunft auszuschließen. Es gilt, sich zu entschuldigen für das, was im Namen des Volkes als Recht gesprochen wurde, ob-wohl es die Würde des Menschen missachtet. Das ist auch meine persönliche Motivation, an die Opfer zu erinnern und den noch Leben-den unter ihnen endlich Recht zuteil werden zu lassen. Dazu gehört auch die vollständige Aufarbeitung dessen, was geschah.

Bereits im September 2012 haben wir durch einen einstimmigen Beschluss hier im Plenum die Landesregierung aufgefordert, die Initiative der Bundesländer Berlin und Hamburg zu unterstützen, die sich für eine Aufhebung der Verurteilungen nach 1945 einsetzt. Der Bundesrat hat daher im Oktober 2012 folgende Aufforderung an die Bundesregierung beschlossen: "Die formelle Aufhebung der einschlägigen Strafurteile sowie eine daraus resultierende Entschädigung sind ernsthaft zu prüfen."

Dennoch ist es wichtig, mit dem heutigen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Schritt weiter zu gehen. Wir wollen nunmehr eine umfassende bundesweite Aufarbeitung dieser Schicksale, nicht nur in strafrechtlicher Hinsicht, sondern auch mit Blick auf die vielen anderen Diskriminierungen, die LSBTTI-Personen erleiden mussten.



Ausstellungseröffnung zu den Hirschfeld-Tage im Landtag NRW

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eine Freundschaft bringt das Thema Homosexualität in die SPD

Am 13.05.2014 um 14:30 Uhr im Foyer der SPD-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1,
40221 Düsseldorf

Eine Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion, in Vertretung der queerpolitische Sprecherin Ina Spanier-Oppermann MdL, Ingrid Hack MdL und Lisa Steinmann MdL, SPD Landesverband NRW und SchwusosNRW

Mehr Infos unter: www.nrwschwusos.de

WIR KÄMPFEN WEITER. #SCHWUSOS_NRW



NEWSLETTER SchwusosNRW

April 2/2014

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

auch wenn es vielen von Ihnen bekannt ist, aber ich glaube, das Thema bedarf noch mal eines kurzen historischen Rückblicks. Von 1872 bis 1994 wurden homosexuelle Handlungen unter Strafe gestellt. Unzählige Ermittlungsverfahren sind in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen aufgrund dieser deutschlandweit geltenden Tatbestände eingeleitet worden.

Besonders haben mich die Schicksale der Männer erschüttert, die Konzentrationslager überlebten, Entschädigungen beantragten und sich anschließend wieder Ermittlungsverfahren ausgesetzt sahen. Denn die verschärften Strafnormen der Nazi-Zeit aus dem Jahr 1937 galten auch in der Bundesrepublik zunächst unverändert weiter. Meine Kollegin Josefine Paul hat in der Debatte im Jahr 2012 einige weitere erschütternde Schicksale geschildert.

Als Jurist bin ich besonders angewidert von der perfiden Stringenz, die sich in den Anfangsjahren des Bundesverfassungsgerichts gezeigt hat. Noch 1957 bestätigten die damaligen Hüter des Grundgesetzes die Strafnormen gegen Schwule als im Einklang mit unserem Grundgesetz. Ich darf zitieren: „Gleichgeschlechtliche Betätigung verstößt eindeutig gegen das Sittengesetz.“ Es folgten lange Ausführungen von sogenannten Sachverständigen über den Sexualtrieb von Männern, von Frauen, ob hetero- oder homosexuell, die heute, glaube ich, nicht mehr aktuell sind. Das Verfassungsgericht spannte einen Bogen über die abendländlich-christliche Kultur und begründete damit die Ablehnung von Homosexualität und die Rechtfertigung, solche Handlungen unter Strafe zu stellen.

Das, was aber in dem Urteil fehlte, waren rechtshistorische Betrachtungen, dass man seit der napoleonischen Zeit, seit dem Code civil, einvernehmliche Sexualhandlungen eben nicht unter Strafe stellte. Erst die Einführung eines reichseinheitlichen Strafrechts in Deutschland 1872 führte wieder dazu, dass Homosexualität in allen Ländern, unter anderem dann auch wieder in Bayern, strafbar wurde. Es fehlte der Hinweis, dass sich bereits vor der Einführung des Strafgesetzbuchs und besonders danach eine Bewegung gründete, die sich ausdrücklich gegen den § 175 in unserem Strafgesetzbuch wandte.

Einer ihrer führenden Köpfe war der Begründer des Wissenschaftlich-humanitären Komitees, Magnus Hirschfeld. Hirschfeld war es auch, der eine Petition in den Reichstag einbrachte. Hieraus entstand eine Debatte, die sich im Jahr 1898 im Reichstag abspielte und, ich meine, sehr lesenswert ist. Kein Geringerer als der damalige sozialdemokratische Parteivorsitzende August Bebel unterstützte als Mitunterzeichner diese Petition und forderte gemeinsam mit vielen seiner Kollegen damals schon die Aufhebung des § 175.

WIR KÄMPFEN
WEITER.
#SCHWUSOS_NRW



Stammtisch SchwusosDuisburg

Montag, 14.04.2014 um 19:00 Uhr,
Ostende, Ludgeriplatz 64, 47057
Duisburg

Offene Vorstandssitzung SchwusosSiegen

Montag, 14.04.2014 um 19:30 Uhr,
Gaststätte Zur alten Post, Alten
Poststraße 13, 57072 Siegen

Stammtisch SchwusosDüsseldorf

Freitag, 18.04.2014 um 19:30 Uhr ,
Cafe- Piranha, Bilker Allee 110, 40217
Düsseldorf

Stammtisch SchwusosDortmund

Freitag, 25.04.2014 um 19:00 Uhr,
Orange Bar Kneipe Pub, Ruhrallee
69, 44139 Dortmund

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (SchwusosNRW) in der NRW SPD
Kavalleriestr. 16 | 40213 Düsseldorf | Internet: www.nrwschwusos.de

Redaktion/Layout:

Fabian Spies | Mail: fabian.spies@schwusos-koeln.de

WIR KÄMPFEN WEITER. #SCHWUSOS_NRW



NEWSLETTER SchwusosNRW

April 2/2014

Er beklagte, mit dieser Norm sei willkürlicher Verfolgung Tür und Tor geöffnet. Er führte aus, dass anstelle von Verfahren die Sittenpolizei Listen führte, um Einzelpersonen später unter Druck zu setzen. Sodann erläuterte er, was zu sehr viel Aufregung im Reichstag führte, dass bei einer konsequenten Anwendung des § 175 Tausende Personen allein in Berlin und Preußen betroffen wären und die Justiz vermutlich zwei neue Gefängnisse bauen müsste. Im Kern kritisierte er also, dass die strafrechtliche Verfolgung höchst willkürlich war und die Bestimmungen daher aufzuheben seien.

Genau diesen Aspekt greift unser Antrag auf. Wir fordern die Landesregierung auf, sich für eine bundesweite Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung einzusetzen. Denn es liegt auf der Hand, dass es bei der Verfolgung sehr große regionale Unterschiede nicht nur in unserem Bundesland, sondern in der gesamten Bundesrepublik gab. Es gab auch sehr große Unterschiede bezüglich der betroffenen Schichten.

Im Kern verkam der § 175 zu einem Instrument, mit dem eine sehr willkürliche Verfolgung legitimiert wurde.

Aber nicht nur die strafrechtliche Verfolgung soll und muss aufgearbeitet werden. Es gab darüber hinaus auch zahlreiche Entscheidungen, die zu arbeitsrechtlichen und beamten-rechtlichen Konsequenzen führten. Beispiele gibt es leider viele. Häufig genügten Gerüchte, um Karrieren und Existenzen zu zerstören.

1966 traf es Franz Grobben. Er war als CDU-Mitglied 1958 zum Regierungspräsidenten in Köln berufen worden. Er war an einem Treffpunkt für Schwule, einer sogenannten Klappe, aufgegriffen worden, erkennungsdienstlich behandelt und anschließend aus gesundheitlichen Gründen aus dem Dienst entfernt worden.

1984 führte die Kießling-Affäre dazu, dass ein angesehener General der Bundeswehr aus dem Amt entfernt wurde, nur weil Gerüchte aufkamen, er sei homosexuell. Sie können das nachlesen. Viele werden sich erinnern. Es gab eine ganz große Debatte in der Öffentlichkeit, die dann dazu führte, dass er rehabilitiert wurde.

Ein Jahr später sorgte der Fall des Bundesanwalts beim Bundesgerichtshof, Manfred Bruns, für Schlagzeilen. Die „BILD“-Zeitung schrieb über sein Outing. Am Tag danach wurde er von Journalisten gefragt, ob er sich denn jetzt verfolgt fühle. Bruns antwortete – ich darf zitieren –: Wenn man alle Schwulen entlassen würde, müssten auch Minister und andere Mitarbeiter bei der Bundesanwaltschaft entlassen werden. Darauf folgte eine Anzeige wegen Verleumdung. In seiner Erinnerung schildert er sehr eindringlich, dass sein damaliger Chef, Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, nicht damit umgehen konnte, wie er sagt, und jahrelang nicht mehr mit ihm sprach. Ein vom damaligen Bundesinnenminister Hans Engelhard eingeleitetes Disziplinarverfahren wurde dann nach weiteren Presseberichten wieder eingestellt. Bruns schildert in seinen Erinnerungen, ein Coming-Out in den 50er-Jahren wäre der bürgerliche Tod gewesen.



**Ina Spanier-Oppermann,
Queerpolitische
Sprecherin der SPD
Landtagsfraktion
NRW**

© NRW SPD

In diesem Newsletter wollen

wir Euch unsere Queerpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion NRW vorstellen.

Ina ist am 15. April 1962 in Gelsenkirchen geboren, verheiratet und hat einen Sohn. Sie war bevor sie 2012 in den Landtag als Abgeordnete für Krefeld gewählt wurden ist, Gesamtbetriebsratsvorsitzende einer Firma in Krefeld.

Ina setzt sich schon lange für LSBTI Recht ein. Nicht nur in der Firma wo sie gearbeitet hatte sondern auch in Krefeld. Seit 2012 ist Ina unsere Queerpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion und ist als in folgende Ausschüsse:

Arbeit, Gesundheit und Soziales

Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

Schule und Weiterbildung und als stellv. Mitglied im Ausschuss Familie, Kinder und Jugend

Kontakt Daten Landtagsbüro:

Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel.: 0211/ 884 4103
Fax: 0211/ 884 3532
Email:
ina.spanier-oppermann@landtag.nrw.de
jan-philip.mohning@landtag.nrw.de

www.ina-spanier-oppermann.de

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (SchwusosNRW) in der NRW SPD
Kavalleriestr. 16 | 40213 Düsseldorf | Internet: www.nrwschwusos.de

Redaktion/Layout:

Fabian Spies | Mail: fabian.spies@schwusos-koeln.de

WIR KÄMPFEN WEITER. #SCHWUSOS_NRW

NEWSLETTER SchwusosNRW

April 2/2014

Bruns aber ist das Beispiel eines Menschen, der sich nicht hat einschüchtern lassen, sondern der sich dann erst recht mit rechtspolitischen Fragen der Homosexualität sowie auch mit juristischen Fragen bei HIV und Aids beschäftigt hat. Noch heute ist er einer der renommierten Juristen, die sich im LSVD für die Rechte von LSBTTI einsetzen. Das ist mit Blick auf unseren Antrag eine weitere Forderung an die Landesregierung. Es ist ein Beispiel dafür, dass auch die LSBTTI-Emanzipationsbewegung aufgearbeitet und betrachtet werden muss. Meine sehr verehrten Damen und Herren, einige von Ihnen werden sicherlich die Frage stellen: Ist das alles denn heute noch notwendig? Meine Antwort: Ja, das ist es, auch wenn sich vieles geändert hat.

In den 50er- und 60er-Jahren wäre es wahrscheinlich undenkbar gewesen, dass sich ein Berliner Bürgermeister hingestellt und diesen berühmten Satz „Ich bin schwul, und das ist gut so“ gesagt hätte. In den 50er-Jahren wäre es wahrscheinlich auch unvorstellbar gewesen, dass sich ein Außenminister – ich unterstelle jetzt einfach, dass Guido Westerwelle nicht der erste schwule Außenminister war – mit seinem Lebensgefährten und zum Beispiel Kanzler Adenauer in der Öffentlichkeit zeigte.

Es gibt noch ein weiteres schönes Beispiel, das ich gefunden habe. Ich will aus der „Welt“ zitieren, die von einem Ereignis im Juli letzten Jahres berichtet. Sie schreibt – ich darf zitieren –: Wer hätte das gedacht. Auf seine alten Tage hat Altkanzler Helmut Kohl noch einmal seinen Segen gegeben – auf einer Schwulenhochzeit. „Ich habe es sehr gern getan, bekannte der 83-Jährige danach.“ Es ging nämlich um die Hochzeit seines ehemaligen Rechtsanwalts, der seinen Lebenspartner geheiratet hat.

Und die Justiz? Wie hat sich die deutsche Justiz gewandelt? Heute ist – ich will es einmal so formulieren – das Bundesverfassungsgericht beinahe so etwas wie ein Vorkämpfer für die Rechte von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Solche Urteile, wie ich sie am Anfang zitiert habe, sind, glaube ich, in Karlsruhe heute nicht mehr zu erwarten.

Toleranz und Respekt vor anderen Lebensformen brauchen aber lange, bis sie in der Gesellschaft verankert und auch sehr tief verwurzelt sind. Bereits in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts gab es einen sehr modernen und auf-geklärten Umgang mit Homosexualität, der dann aber leider wenige Jahre später wieder in menschenverachtende Verfolgung zurückfiel. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass sich Verfolgung von Homosexualität weder in strafrechtlicher noch in gesellschaftlicher Hinsicht wiederholt – nicht nur weil Toleranz gegenüber LSBTTI gerade modern ist. Das kann gelingen, wenn wir auch in diesem Punkt unsere Geschichte nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der ganzen Bundesrepublik gemeinsam aufarbeiten und wachhalten.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, wo es noch genügend Zeitzeugen gibt, die darüber berichten können, wo es noch genügend Betroffene gibt, denen wir die Hand zur Entschuldigung reichen können.

Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem vorliegenden Antrag.



© NRW SPD

Landesvorstand unterwegs

Im letzten Monat fanden drei Termine statt wo der Landesvorstand mit anwesend war. Der Empfang des Vize Präsident des Landtags NRW, die Verabschiedung von Almut Dietrich, Landeskoordinatorin für Anti-Gewalt Arbeit, die nach langer Zeit nun nach Bremen geht und der Frühlingsempfang der AIDS Hilfe NRW. Bei allen drei Terminen war Dirk Jehle, Landesvorsitzender der SchwusosNRW anwesend.



Podiumsdiskussion mit Rita Süßmuth über den Wertewandel des Familien- und Gesellschaftsbilds innerhalb einer konservativen Volkspartei

30.04.2014 um 17.00 Uhr, LSU / Landesverband NRW, CDU Landesverband NRW, Wasserstraße 6, 40213 Düsseldorf

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (SchwusosNRW) in der NRW SPD
Kavalleriestr. 16 | 40213 Düsseldorf | Internet: www.nrwschwusos.de

Redaktion/Layout:

Fabian Spies | Mail: fabian.spies@schwusos-koeln.de

Martin Schulz warnt homophobe Staaten



© SPD

Der EU-Parlamentspräsident will Gelder für Entwicklungshilfe an afrikanische Staaten "umleiten", sollten sie weiter sexuelle Minderheiten verfolgen lassen. Vor afrikanischen Abgeordneten hat Martin Schulz, der Präsident des Europaparlamentes und sozialdemokratischer Spitzenkandidat für den Posten des EU-Kommissionspräsidenten, die Verfolgung von LGBT kritisiert und mit Konsequenzen gedroht:

"Die jüngsten Schritte, Homosexualität zu kriminalisieren und hohe Gefängnisstrafen gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle auszusprechen ist eine nicht akzeptable Verletzung der Grundrechte des Einzelnen", sagte Schulz am Dienstag bei einer in Brüssel stattfindenden Konferenz des Europäischen Parlaments mit dem 2004 gegründeten Panafrikanischen Parlament der Afrikanischen Union.

Schulz bezeichnete die Verfolgung von sexuellen Minderheiten als "Schande" und die Todesstrafe für Homosexuelle in mehreren Ländern als "widerlich". "Das zeigt die Notwendigkeit, Entwicklungshilfe an die Zivilgesellschaft und anderen Organisationen umzuleiten, die gegen die Ausgrenzung und die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung kämpfen. Außerdem sollten angemessene Maßnahmen gegen Länder getroffen werden, die weiterhin Homosexualität kriminalisieren oder sogar die Gesetze verschärfen. LGBTI-Rechte sind Menschenrechte", erklärte der 58-jährige Vorsitzende der europäischen Sozialdemokraten. Lage in Afrika verschlechtert sich Zuletzt haben Uganda und Nigeria ihre Gesetze gegen Homosexuelle verschärft. Seither beklagten LGBT-Aktivistinnen in beiden Ländern, dass sich der Verfolgungsdruck auf Schwule und Lesben verschärft habe. Zudem debattiert das Parlament des Kongo derzeit die Kriminalisierung von Homosexualität. Insgesamt lassen 37 von 54 afrikanischen Staaten Homosexuelle verfolgen. Der Sudan, Somalia, Mauretanien und in Nigeria sehen sogar die Todesstrafe vor.

Die europäische Kritik an der Verfolgung von Homosexuellen hatte bereits im Vorfeld des vierten EU-Afrika-Gipfeltreffens, das am Mittwoch begonnen hat, für Kritik unter afrikanischen Politikern geführt. Sie werfen Europa eine postkoloniale Einmischung in die inneren Angelegenheiten afrikanischer Staaten vor.



http://www.queer.de/detail.php?article_id=21315



Braune Hemden! Braune Blusen? Die Bedeutung der Kategorien Geschlecht und sexueller Identität für die rechtsextreme Ideologie - Herausforderungen für eine geschlechterreflektierte Arbeit gegen Rechts

09.05.2014 von 14.00-20.00 Uhr, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Landtag NRW, Jugendherberge Düsseldorf, Düsseldorfer Straße 1, 40545 Düsseldorf

ARCUS-Ausstellung im Landtag NRW

15.05.2014 um 13.00 Uhr, ARCUS-Stiftung, Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Auf Einladung der Landtagspräsidentin Carina Gödecke werden Vertreter_innen der ARCUS-Stiftung und Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, sowie die Botschafterin der Hirschfeld-Tage, Bettina Böttiger, im Landtag NRW für Gespräche bereit stehen. Zudem wird die ARCUS-Ausstellung zu sehen sein.

Weitere Infos zur Ausstellung:

www.arcus-stiftung.de

Kooperationspartner/innen: Landtag NRW, LAG Lesben in NRW e.V., Schwules Netzwerk NRW e.V.